

Außenpolitik im Berichtsjahr

Christian Wagner

Einleitung

Die indische Außenpolitik wurde im Berichtszeitraum (Mai 2002 bis April 2003) vor allem durch die Spannungen mit Pakistan sowie durch den Ausbau der Beziehungen zu den USA bestimmt.

1 Die regionale Ebene

1.1 Pakistan

Der Anschlag auf das Militärlager Kaluchak im Mai 2002, bei dem auch Frauen und Kinder von Armeeingehörigen ums Leben kamen, verschärfte die bereits nach dem Anschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001 angespannten Beziehungen mit Pakistan. Indien hatte daraufhin seine Truppen an der Kontrolllinie verstärkt, um die Infiltration militanter Gruppen zu beenden. Pakistan antwortete mit entsprechenden Truppenbewegungen. Darüber hinaus lieferten sich beide Staaten die bekannten rhetorischen Auseinandersetzungen. Premierminister Vajpayee rief die Streitkräfte zur entscheidenden Schlacht mit Pakistan auf, während Finanzminister Sinha öffentlich darüber nachdachte, dass Indien für den Kriegsfall besser gewappnet sei als Pakistan. Demgegenüber machte Pakistan deutlich, im Falle einer indischen Aggression mit allen zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln zu antworten, was die nukleare Option einzuschließen schien. Die Tests der Mittelstreckenrakete Ghauri (Reichweite 1.500 Kilometer), der Kurzstreckenraketen Ghaznavi (Reichweite 290 Kilometer) und Hatf II (Reichweite 180 Kilometer) Ende Mai 2002 stellten zwar die militärischen Fähigkeiten Pakistans unter Beweis, waren aber nicht dazu angetan, die gespannten Beziehungen zwischen beiden Staaten zu entschärfen.

Höhepunkt der Auseinandersetzung war eine Warnung westlicher Staaten Ende Mai 2002 vor Reisen nach Indien und Pakistan, wobei diese angesichts der Spannungen ihre Staatsbürger auch zum Verlassen der Region aufforderten. Dieser dramatische Aufruf hatte u.a. auch negative Folgen für den Tourismus. Durch eine umfangreiche Reisediplomatie u.a. des US-amerikanischen Außenministers Powell

und seines britischen Amtskollegen Straw konnte schließlich ein Rückgang der Spannungen herbeigeführt werden. Präsident Musharraf erklärte sich gegenüber US-Außenminister Powell bereit, die Infiltration dauerhaft zu beenden und gegen Ausbildungslager militanter Gruppen vorzugehen. Indien zog daraufhin seine Marine aus der arabischen See zurück und öffnete seinen Luftraum für den zivilen pakistanischen Luftverkehr. Die von Indien vorgeschlagenen gemeinsamen Grenzkontrollen an der Kontrolllinie wurden von Pakistan allerdings zurückgewiesen.

Die Warnung vor Reisen in die Region ließ auch die größere Bedeutung Indiens in der Weltwirtschaft deutlich werden. Insgesamt waren ca. 60.000 US-Bürger in Indien von der Warnung betroffen und hätten evakuiert werden müssen. Einem Bericht der *New York Times* zufolge war es aber nicht „General Powell“, sondern „General Electric“, d.h. die Interessen der multinationalen Unternehmen, die eine Eskalation der Krise verhinderten, weil die wirtschaftlichen Auswirkungen unabsehbare Folgen für ihr Engagement in Indien gehabt hätten.

Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan sowie die Aktionen islamistischer Gruppen waren vor dem Hintergrund der im Herbst des Jahres stattfindenden Wahlen im indischen Jammu & Kaschmir (J&K) zu sehen. Die Regierung in Neu-Delhi versuchte, den politischen Prozess in dem Bundesstaat wieder in Gang zu bringen. Die damit verbundene politische Legitimierung, die u.a. von den USA gefordert wurde, war aber für Pakistan nicht wünschenswert und wurde von den islamistischen Gruppen abgelehnt. Die Wahlen fanden unter großen Sicherheitsvorkehrungen statt und wurden von den westlichen Staaten als weitgehend frei und fair eingestuft. Wichtigster Erfolg war die Wahlbeteiligung, die bei ca. 45 Prozent lag.

Im Januar 2003 setzten sich die rhetorischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten fort. Präsident Musharraf machte deutlich, dass Pakistan bei einer Bedrohung durch Indien mit nichtkonventionellen Mitteln reagieren würde. Dies veranlasste den indischen Verteidigungsminister Fernandes zu der Bemerkung, dass Indien zwar unter einem Atomschlag leiden, Pakistan aber nach einem solchen aufhören würde zu existieren. Die indische Regierung machte die Wiederaufnahme von Gesprächen weiterhin vom endgültigen Stopp der Infiltration über die Kontrolllinie abhängig. Die Ausweisung pakistanischer Diplomaten aus Indien als Reaktion auf die Behinderung indischer Diplomaten in Pakistan unterstrich den Tiefpunkt der Beziehungen. Der Anschlag in Nadimarg im März 2003, bei dem 24 Menschen, darunter zumeist Frauen und Kinder, ums Leben kamen, hatte das bekannte militärische Säbelrasseln zur Folge. Indien testete wenige Tage später eine Kurzstreckenrakete vom Typ Prithvi, ohne Pakistan hiervon in Kenntnis zu setzen, wie dies beide Staaten in einem Abkommen beschlossen hatten. Pakistan reagierte mit dem Test seiner Kurzstreckenrakete vom Typ Abdali.

Mit seiner Rede am 18. April 2003 in Srinagar bot der indische Premierminister Vajpayee Pakistan überraschend Gespräche über eine Beilegung der Spannungen an und brachte damit wieder Bewegung in die festgefahrenen bilateralen Beziehungen. Es lassen sich verschiedene Motive für Vajpayees Gesprächsangebot anführen. International hatten die USA Indien seit langem gedrängt, den Dialog mit Pakistan

wieder aufzunehmen. Die turnusgemäße Übernahme des Vorsitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) durch Pakistan ließ Befürchtungen laut werden, dass Pakistan dies nutzen könnte, um eine neue Kaschmirresolution einzubringen. Im nationalen Kontext war die Blockadehaltung der BJP-Regierung gegenüber Pakistan mehrfach kritisiert worden. Schließlich gab es Berichte, denen zufolge Vajpayee sich mit seinem Vorstoß gegenüber den „Falken“ in der eigenen Partei im Hinblick auf die anstehenden Wahlen im nächsten Jahr profilieren wollte. Unabhängig von den verschiedenen in Frage kommenden Motiven hat Vajpayees Angebot neue Hoffnungen auf eine Entspannung im Verhältnis zu Pakistan aufkeimen lassen. Abzuwarten bleibt, ob der Dialog auch auf andere Bereiche außer Kaschmir ausgedehnt werden kann.

1.2 Nepal, Sri Lanka, Bangladesch

Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten waren von unterschiedlichen Problemen bestimmt. In Nepal stand die Rebellion der Maoisten gegen die Monarchie im Vordergrund. Indien hatte seine Hilfe angeboten, zumal die Maoisten über verschiedene Kontakte zu den Naxalitengruppen in Indien verfügten.

In Sri Lanka stand hingegen der fortschreitende Friedensprozess im Vordergrund. In den von Norwegen vermittelten Verhandlungen in Thailand, Deutschland und Japan konnten Fortschritte zwischen der srilankischen Regierung und den tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) erzielt werden. Indien blieb hingegen bei seiner kritischen Haltung gegenüber der LTTE. Deren Anfrage, die Friedensverhandlungen ins südindische Chennai zu verlegen, wurde von der indischen Regierung abgelehnt. Das Hauptproblem ist hierbei der Haftbefehl gegen V. Prabakaran, den Führer der LTTE, wegen seiner Verwicklung in die Ermordung des früheren indischen Premierministers Rajiv Gandhi im Frühjahr 1991.

Im Vergleich zu den anderen kleineren Nachbarstaaten waren die Beziehungen zu Bangladesch spannungsgeladen. Erstens sorgte der Streit in Bangladesch um den Export von Gas nach Indien für Verärgerungen auf indischer Seite. Zweitens ging die indische Regierung dazu über, illegale Einwanderer aus Bangladesch in das Nachbarland zurückzusenden. Da die illegalen Einwanderer keine Papiere hatten, weigerte sich Bangladesch anfänglich, diese als Staatsbürger anzuerkennen und wiederaufzunehmen. Drittens kam es aufgrund weiterhin ungeklärter Grenzfragen zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Grenztruppen beider Staaten, die Tote und Verletzte forderten. Schließlich gab es verschiedene Zeitungsberichte, dass der pakistanische Geheimdienst Inter-Service Intelligence bewaffnete Aufstandsbewegungen im Nordosten Indiens unterstützte, die wiederum ihre Rückzugsgebiete z.T. in Bangladesch haben.

In Südasien ist der größere Einfluss der USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 deutlich geworden. Neben der umfangreichen Zusammenarbeit mit Pakistan unterstützen die USA auch die Regierungen in Kathmandu und Colombo, die bewaffneten Rebellionen einzudämmen. Auffällig ist dabei, dass sich damit ein

schleichender Wandel der indischen Politik gegenüber Südasiens vollzogen hat. Galt zu Zeiten Indira und Rajiv Gandhis noch die als Südasiendoktrin bekannt gewordene Vorstellung, dass alle Konflikte in den angrenzenden Nachbarstaaten nur mit Hilfe Indiens, aber ohne die Einbeziehung externer Großmächte beizulegen seien, so ist diese Politik mittlerweile fast vollständig in den Hintergrund gerückt. Indien hat spätestens seit dem Kargilkrieg 1999 erkannt, dass die Einbeziehung externer Großmächte wie der USA nicht automatisch den eigenen Interessen schadet, sondern im Gegenteil durchaus hilfreich für deren Umsetzung sein kann.

2 Die internationale Ebene

2.1 Südostasien

Das erste Gipfeltreffen zwischen Indien und der Association of South East Asian Nations (ASEAN) im November 2002 in Phnom Penh bezeichne eine neue Phase in der Zusammenarbeit Indiens mit den Staaten Südostasiens. Seit der Look East Politik von Premierminister Rao 1994 hatte Indien sein Engagement gegenüber den verschiedenen Staaten der Region ausgebaut und seine Kontakte zur ASEAN durch eine Reihe gemeinsamer Institutionen vertieft. Neben den wirtschaftlichen Fragen spielen hier auch sicherheitspolitische Aspekte eine Rolle, vor allem hinsichtlich möglicher chinesischer Hegemoniebestrebungen im Südchinesischen Meer. Ob, wann und in welcher Form das indische Angebot eines Freihandelsabkommens mit der ASEAN umgesetzt werden kann, bleibt allerdings fraglich. Nichtsdestoweniger demonstriert es das gestiegene Interesse Indiens an einem Ausbau der bi- und multilateralen Beziehungen zur Region.

2.2 Die Beziehungen zu den Großmächten

Russland

Im Vordergrund der Beziehungen zu Russland stand die Rüstungszusammenarbeit, die weiterhin das bilaterale Verhältnis prägt. Die Versuche von Präsident Putin, die Konferenz für asiatische Sicherheit im Sommer 2002 zu einer Vermittlung zwischen Indien und Pakistan zu nutzen, blieben erfolglos. Der Besuch Präsident Putins im Dezember 2002 in Indien unterstrich die Gemeinsamkeiten beider Staaten in internationalen Fragen. Indien und Russland sprachen sich für eine multipolare Weltordnung aus und forderten angesichts der Irakkrise eine Lösung im Rahmen der VN. Beide Staaten kritisierten die doppelten Standards der USA bei der Bekämpfung des Terrorismus. Die Rüstungszusammenarbeit wurde weiter ausgebaut, und Russland versuchte, den Kauf des russischen Flugzeugträgers mit weiteren Rüstungsgeschäften zu verbinden. Im Januar 2003 unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen über mehr als drei Mrd. US\$, mit dem sich Indien vier Langstreckenbomber und zwei Atom-U-Boote von Russland geliehen hat. Beide Waffensysteme ermöglichen

es Indien, weite Gebiete Chinas mit Atomwaffen zu erreichen. Anfang 2003 erhielt Indien die ersten russischen Su-30MKI-Kampfflugzeuge, die auch in Indien in Lizenz produziert werden sollen.

China

Der Besuch von Finanzminister Singh in China im April 2002 hatte die verbesserten Beziehungen zu China weiter untermauert. Trotz der ungeklärten Grenzfrage und der militärischen Unterstützung Pakistans durch China hatten beide Staaten in den neunziger Jahren gemeinsame Sicherheitsinteressen entwickelt. Im Vordergrund stand dabei der Kampf gegen den militanten islamischen Fundamentalismus sowie die Betonung einer multipolaren Weltordnung, was mit einer Kritik am US-amerikanischen Unilateralismus verbunden war. Beide Staaten hatten seit einigen Jahren zudem ihre Wirtschaftsbeziehungen verbessert, mit der Folge dass das bilaterale Handelsvolumen 2001/2002 um ca. 30 Prozent gestiegen war. Anfang 2003 machte der ehemalige Oberbefehlshaber General K.V. Krishna Rao noch einmal deutlich, dass China als Bedrohung Nummer 1 für Indien gelte. Dieser von Sicherheitsexperten immer wieder geäußerten Einschätzung setzte Außenminister Sinha wenige Wochen später einen Kontrapunkt entgegen, als er sich Ende Januar 2003 öffentlich gegen die These von der chinesischen Bedrohung aussprach und für eine stärkere Zusammenarbeit mit China plädierte. Beide Staaten hatten bereits zuvor deutlich gemacht, dass ihre bilateralen Beziehungen nicht durch dritte Staaten, d.h. durch Pakistan oder die USA, bestimmt werden dürften. Abzuwarten bleibt, welche Auswirkungen diese verstärkte indisch-chinesische Zusammenarbeit haben wird. Sollte sie fortgeführt werden, wäre dies ein beachtlicher Wandel der indischen Außenpolitik, die bislang vom Trauma der militärischen Niederlage im Grenzkrieg 1962 gegen China geprägt war.

USA

Der Konflikt mit Pakistan um Kaschmir hat bereits seit einigen Jahren zu neuen Aktivitäten der USA in Südasien geführt. Indien hat wiederholt die Haltung der USA kritisiert, beim Kampf gegen den Terrorismus mit verschiedenen Maßstäben zu messen. Die indische Regierung forderte angesichts der Anschläge in Kaluchak im Mai 2002 und in Nadimarg im März 2003 eine eindeutige Verurteilung Pakistans durch die USA. Sie kritisierte die in ihren Augen widersprüchliche Haltung der USA, einerseits terroristische Gruppen zu verfolgen, andererseits aber Staaten wie Pakistan, die aus indischer Sicht trotz aller Beteuerungen terroristische Gruppen unterstützen, gewähren zu lassen. Indien kritisierte vor dem Hintergrund des Irakkrieges die US-amerikanische Argumentation, sich auf dem Subkontinent für Dialog einzusetzen, aber selbst im Falle des Irak einseitig mit Gewalt gegen Staaten vorzugehen, die verdächtigt werden, über Massenvernichtungswaffen zu verfügen. Die damit angedeutete Analogie zu Pakistan war ebenso offensichtlich wie die damit

verbundene Verärgerung über das in indischen Augen zweifelhafte Vorgehen der USA.

Die USA unterstützen gegenüber Pakistan die Forderung Indiens, die Infiltration militanter Kämpfer über die Kontrolllinie in Jammu & Kaschmir, endgültig zu beenden. Allerdings forderten sie auch von Indien, den Dialog mit Pakistan wieder aufzunehmen, was von indischer Seite bis Mitte April 2003 mit Verweis auf die fortgesetzte Infiltration angelehnt wurde. Die USA lehnten eine offizielle Vermittlung zwischen Indien und Pakistan ab und betonten, dass der Konflikt nur durch bilaterale Gespräche zwischen beiden Staaten beigelegt werden könne. Zugleich betonten Vertreter der US-amerikanischen Regierung, wie Richard Haass, Direktor des Planungsstabs, im Januar 2003 den unveränderbaren Status der Kontrolllinie, die damit zu einer internationalen Grenze zwischen Indien und Pakistan werden könnte.

Während des Irakkrieges im Frühjahr 2003 wurden ebenfalls Unterschiede zwischen Indien und den USA deutlich. Während die USA und Großbritannien auf eine zweite Resolution in den VN verzichteten, unterstützte die indische Regierung eine Verhandlungslösung. Vor allem lehnte die indische Regierung das US-amerikanische Argument eines Regimewechsels im Irak ab. Hier zeigten sich auch die von indischer Seite immer wieder formulierten Vorbehalte gegenüber einem US-amerikanischen Unilateralismus. In den sicherheitspolitischen Kreisen entwickelte sich eine Debatte, inwieweit eine strategische Partnerschaft mit den USA für Indien sinnvoll sei oder ob nicht die nationalen Interessen im Vordergrund stehen sollten. Dies würde eine punktuelle Zusammenarbeit mit den USA nicht ausschließen, würde aber die Unabhängigkeit der indischen Regierung deutlicher werden lassen.

Diese Reibungspunkte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die indisch-amerikanischen Beziehungen weiterhin sehr gut sind und in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 weiter ausgebaut wurden. Im zweiten Halbjahr 2002 gab es verschiedene gemeinsame Manöver von Marine und Spezialeinheiten beider Staaten. Auf der asiatischen Sicherheitskonferenz in Singapur im Sommer 2002 schlug der stellvertretende US-Verteidigungsminister Wolfowitz u.a. vor, dass die indische Marine US-Schiffe durch die Strasse von Malakka begleiten solle. Zudem sprach er sich für ein größeres Engagement Indiens in Südostasien aus. Hier haben Indien und die USA in den vergangenen Jahren gemeinsame Sicherheitsinteressen gegenüber möglichen chinesischen Hegemoniebestrebungen im Südchinesischen Meer entwickelt.

Im September 2002 eröffneten Indien und die USA einen regionalen Sicherheitsdialog, der die Nachbarregionen sowie den asiatisch-pazifischen Raum umfasste. Die internationalen Übereinstimmungen zeigten sich auch in der Ablehnung des internationalen Strafgerichtshofs durch beide Staaten. Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden durch ein Abkommen über den Export von Hochtechnologie weiter ausgebaut. Allerdings gab es auch wiederholt Klagen seitens der USA, die ein schnelleres Tempo der indischen Reformen und einen rascheren Abbau der Bürokratie forderten. Die Ausschreitungen gegen die Muslime im März 2002 in Gujarat wurden ebenfalls als belastend für das Investitionsklima gesehen.

2.3 Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland blieb auch im Berichtszeitraum stabil. Höhepunkt war der Staatsbesuch von Bundespräsident Rau Anfang März 2003. Im Vordergrund des Staatsbesuchs standen Fragen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Neben der Förderung des wissenschaftlichen Austauschs hat Deutschland weiterhin großes Interesse, seine Attraktivität als Studienstandort für indische Studenten zu erhöhen.

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Christine Berg

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-295-6
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2003

CIP-Titelaufnahme:

<p>Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2003. – 482 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-295-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).